

Datum

18.04.2012

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

2012/6348

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	08.05.2012	Vorberatung
Rat der Stadt	15.05.2012	Entscheidung

Betreff

Beteiligung der Stadt Bottrop an der Innovation City Management GmbH

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt beschließt die Beteiligung der Stadt Bottrop an der Innovation City Management GmbH mit einem Geschäftsanteil von 5.000,00 EUR.
2. Der Rat der Stadt entsendet

Oberbürgermeister Tischler

in den Aufsichtsrat und

in die Gesellschafterversammlung der Innovation City Management GmbH.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: ja
Haushalt im Jahr: 2012
Produkt und Sachkonto: 14.01.02
Art der Ausgabe: Stammkapital/Notarkosten
Bedarf: 7.000,00 EUR
Haushaltsansatz: 0,00 EUR
zusätzliche Einnahmen: 0,00 EUR
einmalige Belastung: 7.000,00 EUR
jährliche Folgekosten: 0,00 EUR

Begründung:

Problembeschreibung / Begründung

Das Stammkapital der Innovation City Management GmbH beträgt 25.000,00 EUR. Bisherige Gesellschafter sind die Initiativkreis Ruhr GmbH (22.500,00 EUR) und die BETREM Emscherbrennstoffe GmbH (2.500,00 EUR). Der derzeit bestehende Gesellschaftsvertrag ist der Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Weiter ist als Anlage 2 ein Entwurf für eine Gesellschaftsvertragsänderung beigelegt, mit der die gemeinderechtlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung der Stadt Bottrop an der ICM verankert werden.

Die Stadt Bottrop beabsichtigt, einen Geschäftsanteil in Höhe von 5.000,00 EUR von der Initiativkreis Ruhr GmbH zu erwerben. Danach hätte die Stadt Bottrop einen 20%igen Anteil an der ICM.

Die Stadt Bottrop stellt der Gesellschaft für die Dauer ihres Bestehens mindestens fünf Vollzeitmitarbeiter zur Verfügung. Die Personalkosten für die zur Verfügung gestellten Mitarbeiter trägt im vollen Umfang die Stadt Bottrop.

Die Beteiligung der Stadt Bottrop ist eine nichtwirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 107 (2) Nr. 4 GO NRW (Einrichtung des Umweltschutzes).

Gem. § 108 (1) GO NRW darf die Gemeinde Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

Nach § 108 (1) Nr. 2 GO NRW muss ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegen. Das wichtige Interesse der Stadt Bottrop an der Beteiligung an der ICM ist wie folgt zu begründen:

Die Stadt Bottrop hat den Wettbewerb InnovationCity gewonnen. Die Umsetzung der Ziele von InnovationCity erfordert neben dem Engagement der im Initiativkreis Ruhr zusammengeschlossenen Unternehmen, einer Vielzahl weiterer Unternehmen der Privatwirtschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger im Fördergebiet auch ein kommunales Engagement. Durch die Beteiligung an der ICM GmbH wird ein verbesserter Zugang zu Fördermitteln (ggf. auch für komm. Personalkosten) ermöglicht. Weiter kann durch die Beteiligung ein Abbau von Parallel-Strukturen (Leitungsebene, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, Rechnungswesen, Vorzimmerdienste) erfolgen. Daraus abgeleitet sind finanzielle Vorteile oder aber Personalreserven für den Einsatz an anderen, dringend benötigten Stellen im Bereich des Projektes InnovationCity denkbar. Weitere Vorteile bestehen durch die einfachere Leitung/Steuerung über eine einheitliche Gesellschaft.

Die erforderliche Haftungsbegrenzung gem. § 108 (1) Nr. 3 GO NRW ist durch die Gesellschaftsform der GmbH erfüllt. Gem. § 108 (1) Nr. 4 GO NRW muss die Einzahlungspflicht der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen. Bei dem Erwerb von Gesellschaftsanteilen handelt es sich um eine Investitionsmaßnahme, die im Nothaushaltsrecht nur mit Einwilligung der Kommunalaufsicht erfolgen kann. In verschiedenen Besprechungen in der Staatskanzlei NRW unter Beteiligung von Vertretern der betroffenen Ministerien, der Bezirksregierung Münster sowie der Stadt wurde bereits im Vorfeld eine Beteiligung der Stadt Bottrop an der ICM erörtert. Die Beteiligung wurde dort grundsätzlich begrüßt und als positiv und zielführend empfunden. Derzeit wird im Rahmen des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung um Zustimmung für die Investitionsmaßnahme gebeten.

Der Gesellschaftsvertrag beinhaltet keine Nachschussverpflichtung, sodass die Forderung nach § 108 (1) Nr. 5 GO NRW erfüllt ist. Der angemessene Einfluss in einem Überwachungsorgan (§ 108 (1) Nr. 6 GO NRW) ist gewährleistet, da jeder Gesellschafter das Recht hat, ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden. Durch den Gegenstand des Unternehmens ist die ICM auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet (§ 108 (1) Nr. 7 GO NRW).

Die Forderung des § 108 (1) Nr. 8 GO NRW (Jahresabschlussprüfung) wird durch eine Gesellschaftsvertragsänderung, die noch vor Beitritt der Stadt Bottrop durchgeführt wird, eingefügt.

Die weiteren Beteiligungsvoraussetzungen nach § 108 (5) Nr. 1 Buchstabe a - d GO NRW sind im Gesellschaftsvertrag geregelt. § 108 (5) Nr. 1 Buchstabe d GO NRW und das erforderliche Weisungsrecht des Rates gegenüber den gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates (§ 108 (5) Nr. 2 GO NRW i.V.m. § 113 (1) GO NRW) werden bei der o. g. Änderung des Gesellschaftsvertrages mit eingearbeitet.

Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Mitglied in die Gesellschafterversammlung zu entsenden.

Nach § 8 (2) des Gesellschaftsvertrages (geänderte Fassung) hat jeder Gesellschafter für je volle 10 % der Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft das Recht, jeweils ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden. Demnach kann die Stadt Bottrop zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat der ICM entsenden.

Gemäß § 113 (3) GO NRW muss zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Gemeinde gehören, wenn die Gemeinde mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist.

Die unmittelbare Beteiligung ist gem. § 115 (1) Buchstabe b GO NRW der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

Anlagen

Tischler

Anlage 1 Gesellschaftsvertrag ICM Stand November 2011

Anlage 2 Gesellschaftsvertragsänderung